



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

21.01.2021  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Schließung der Abschiebehafteinrichtung**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium  
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 11

Bezeichnung lt. Leistungsplan Angelegenheiten des Ausländerrechts

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
Gesamtkosten	32.123,1	-5.500,0	26.623,1
Produktabgeltung	32.107,7	-5.500,0	26.607,7

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

### Begründung des Änderungsantrags:

Hessen gibt jährlich 5,5 Millionen Euro für den Betrieb der Abschiebehaftanstalt und baut diese aus, was mit weiteren Kosten verbunden ist. Haft zum Zwecke der Abschiebung stellt eine unverhältnismäßige Maßnahme dar, sodass diese Kosten eingespart werden können und müssen.

Wiesbaden, 20.01.21

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Die Fraktionsvorsitzende:

**Janine Wissler**